

## Atommüll

### Bundesumweltministerium legt Verzeichnis radioaktiver Abfälle vor

Ein Jahr nachdem die Bürgerinitiativen und Umweltverbände in ihrem „Sorgenbericht“ eine umfassende Bestandsaufnahme des Atommüllsasters vorgelegt haben, zieht das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) nach: Am 28. Oktober 2014 legte es ein Verzeichnis radioaktiver Abfälle vor. Es gebe einen Überblick über den Bestand der in Deutschland angefallenen endzulagernden, bzw. endgelagerten radioaktiven Abfälle und bestrahlten Brennelemente zum Stichtag 31. Dezember 2013 und eine Prognose über das erwartete Abfallaufkommen bis zum Jahr 2080, heißt es in der Einleitung. Es stelle eine der Grundlagen für die Entsorgungsplanung und für die Erstellung des Nationalen Entsorgungsprogramms dar, das in einem Jahr folgen soll. Mit der Zuordnung der radioaktiven Abfälle zu ihren Standorten erfülle das BMUB die geforderte Berichterstattung gegenüber der EU-Kommission im Rahmen der Richtlinie 2011/70/Euratom. Der Bestand an radioaktiven Abfällen sei kontinuierlichen Veränderungen unterworfen, weshalb das Verzeichnis radioaktiver Abfälle nur den Stand zu einem bestimmten Stichtag darstellen könne und deshalb alle drei Jahre aktualisiert werde.

Tatsächlich bleiben jedoch große radioaktive Abfallmengen in dem Verzeichnis unberücksichtigt. Der Bericht unterscheidet zwischen „Leistungsreaktoren“, „Versuchs- und Demonstrationsreaktoren“ sowie „Forschungs- und Unterrichtsreaktoren“. Von den bei deren Stilllegung und Rückbau an-

fallenden Abfällen werden jedoch lediglich rund 5 Prozent der Mengen betrachtet, die end- und zwischengelagert werden sollen. 95 Prozent der beim Rückbau anfallenden radioaktiv kontaminierten Mengen, die bisher in die Umwelt und zum Recycling freigegeben und „freigemessen“ werden, bleiben unerwähnt. Eine belastbare unabhängige Abschätzung der dabei freigesetzten Aktivitäten existiert nicht und die praktizierten Freigaberegeln verhindern zudem eine Überprüfung und Kontrolle. Völlig ausgeklammert sind auch alle Probleme in den Gebieten des ehemaligen Uranabbaus der früheren SDAG Wismut in Sachsen und Thüringen.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) bemängelt zudem, daß die Übersicht des BMUB keinen Anreiz bietet, über die vielen ungelösten Probleme der Atommülllagerung zu debattieren. Die Probleme, die entstehen, weil bis zum endgültigen Atomausstieg immer noch Atommüll produziert wird und in der Urananreicherungsanlage in Gronau sogar unbefristet weiter Atommüll anfällt, werde mit keiner Zeile erwähnt. „Der Rückstau, der an Zwischenlagerstandorten entsteht, weil die bisherigen Endlagerprojekte entweder gescheitert (Asse II, Morsleben), in Verzug geraten sind (Schacht Konrad) oder in Frage stehen (Gorleben) und die damit verbundenen Probleme, daß Zwischen- zu Dauerlagern werden, wird nirgendwo erwähnt“, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Es fehlten in der Bestandsaufnahme auch die Hinweise auf meldepflichtige Ereignisse und bekannt gewordene Skandale, wie sie im „Sorgenbericht“ der Atommüllkonferenz der Bürgerinitiativen aufgelistet sind.

„Das ist keine Grundlage für eine umfassende Debatte des Atommüllsasters, das ist eine Liste, mehr nicht, und dann

noch unvollständig – vielleicht aber doch ein Anstoß für die Endlagerkommission, den Fokus nicht allein auf hochradioaktive Abfälle zu beschränken“, meint die BI.

Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland. Sorgenbericht der Atommüllkonferenz. Salzgitter 2013, ISBN 978-3-0-043228-6,

[www.atommuellreport.de](http://www.atommuellreport.de)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Verzeichnis radioaktiver Abfälle – Bestand zum 31. Dezember 2013 und Prognose, <http://www.bmub.bund.de/theme/atomenergie-strahlenschutz/nukleare-sicherheit/details-nukleare-sicherheit/artikel/verzeichnis-radioaktiver-abfaelle-bestand-zum-31-dezember-2013-und-prognose/>

## Atommüll

### Der Asse-Laugen-Pegel ist nur noch fünf Zentimeter vom Atommüll entfernt

Der Pegel der Asse-Laugensammelstellen auf der 750 Meter-Sohle sind bei mehreren Atommüllkammern des Atommüll-Lagers im Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel nur noch wenige Zentimeter von den Atommüllfässern entfernt. Das teilte Tobias Darge, Energiereferent bei Robin Wood, am 9. September 2014 mit. Das habe eine Auswertung von Unterlagen der Asse GmbH ergeben, die der Geochemiker Ralf Krupp am 5. September 2014 der Asse-II-Begleitgruppe in Wolfenbüttel vortrug. Robin Wood fordert deshalb vom Bundesamt für Strahlenschutz als Betreiber und dem Bundesumweltministerium als Fachaufsicht, die im Jahr zuvor vorgenommene Zubetonierung der

Zugänge zu den Atommüllkammern rückgängig zu machen, um eine ordentliche Drainage und eine Überwachbarkeit der Atommüllkammern wiederherzustellen. Ein Vertreter des Niedersächsischen Umweltministeriums stellte klar, daß dieser Forderung aus Sicht der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde juristisch nichts entgegensteht.

Unter dem Deckmantel der „Notfallvorsorge“ wird vom Bundesamt für Strahlenschutz durch die Hintertür das alte Flutungskonzept des Helmholtz-Zentrums München vorangetrieben, während die Rückholung nur schleppend vorankommt, kritisiert Darge.

Während von 1967 bis 1978 über 126.000 Atommüllfässer in das Salzbergwerk Asse II über nur einen Schacht eingelagert worden sind, in dem auch die Bergarbeiter ein- und ausfahren, will man für die Rückholung zunächst einen neuen Schacht bauen, der erst 2028 fertig werden soll. Und während für den Abbau des Salzes des Schachtes Asse II der Schacht innerhalb von drei Jahren abgeteuft wurde, soll nun der Schachtbau für die Rückholung des Atommülls 15 Jahre dauern, rügt Robin Wood.

## Menschenversuche

### Klage der Marshallinseln gegen die Atomwaffenstaaten

Die Republik der Marshallinseln (RMI) hat am 25. April 2014 beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag Klageverfahren gegen die 9 Atomwaffenstaaten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea ein-